

ALBANIEN

Gewerkschaftsmonitor

Juli 2023

**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Albanien ist eine noch nicht vollständig konsolidierte parlamentarische Demokratie. Die politische Lage des Landes ist von einer starken Regierungsmehrheit der Sozialistischen Partei (SP) um Premierminister Edi Rama und einer schwachen, tief gespaltenen Opposition (Demokratische Partei, DP) geprägt. In den vergangenen drei Dekaden nach Ende der stalinistischen Diktatur bestand eine starke Polarisierung zwischen den politischen Lagern. Aktuell wird die Opposition weder ihrer Kontrollfunktion gerecht noch gibt sie politische Impulse. Die SP hingegen regiert mit absoluter Mehrheit und prägt aufgrund dieser Machtfülle die politische Richtung des Landes allein. Die letzten Parlamentswahlen fanden 2021 statt.

Zwei Dimensionen politischer Entwicklungen entfalten Wirkung auf die Lage der Beschäftigten in Albanien. Erstens geht von dem EU-Beitrittsprozess, in dem sich das Land befindet, ein transformativer Wandel aus, der eher indirekt die Arbeitsbeziehungen, die Beschäftigungssituation und die Arbeitsbedingungen einschließt. Zweitens sind im Berichtszeitraum konkrete Reformen erfolgt oder angekündigt worden, die direkt die Lage der Beschäftigten adressieren.

Im Juli 2022 eröffnete die EU nach mehrfachem Aufschub in den Vorjahren die Beitrittsgespräche mit Albanien. Alle politischen Kräfte und mehr als 90 Prozent der Bevölkerung wünschen sich die europäische Integration. So war zwar die vorangegangene Zeit des Hinhaltens durch die EU enttäuschend und reduzierte zunehmend den Reformeifer. Nichtsdestotrotz hatten Parlament und Regierung auch in den Vorjahren bereits einige Neuerungen zur Annäherung an den EU-Acquis durchgesetzt. Von besonderer Bedeutung ist die umfassende Justizreform, die den Sektor institutionell und personell neu aufstellt, um Rechtsstaatlichkeit zu fördern und die zuvor vorherrschende Korruption in der Rechtsprechung zu eliminieren. Eines der Ergebnisse dieses Prozesses ist die Sonderstaatsanwaltschaft zur Bekämpfung von organisierter Kriminalität (SPAK), die im

vergangenen Jahr mehrere Korruptionsskandale ans Licht förderte. Diese Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Korruptionsbekämpfung hat das Potenzial, mittelfristig auch positive Auswirkungen auf die Möglichkeiten einer Demokratisierung der Wirtschaft zu entfalten. Noch sind Wirtschaft und Politik auch informell stark verknüpft. Diese Verbindung sorgt unter anderem dafür, dass bisher an einem auf niedrigen Löhnen basierenden Wirtschaftsmodell festgehalten wird, in dem Gewerkschaften keine Rolle spielen können und sollen. Durch eine schrittweise Entflechtung dieser Beziehungen und eine Stärkung der Transparenz könnten auch die Arbeitsbedingungen und die Rolle der Arbeitnehmer*innenvertretungen verbessert werden. Überdies werden im Rahmen des Beitrittsprozesses alle Vorschriften und Gesetze der EU-Ebene übernommen werden, was auch die Arbeitnehmer*innenrechte und Arbeitsbedingungen direkt betreffen wird. Seit September 2022 findet ein Screening statt, in dem alle Reformbedarfe identifiziert werden. In den kommenden Jahren sollten entsprechende Anpassungen vorgenommen werden, wenn es gelingt, die dafür nötigen Kapazitäten insbesondere in der Verwaltung zu stärken.

Neben dem allgemeinen Transformationsprozess gab es in den vergangenen Monaten einige konkrete Reformen oder entsprechende Ankündigungen im Feld der Beschäftigungspolitik. Für alle Berufsgruppen werden in den nächsten Jahren deutliche Gehaltssteigerungen erwartet. So kündigte die Regierung unter anderem an, das Durchschnittseinkommen im öffentlichen Sektor in den nächsten zwei Jahren von derzeit ca. 650 Euro auf 900 Euro anzuheben. Im Gesundheitsbereich sollen die Gehälter im selben Zeitraum um ca. 26–34 Prozent steigen und für Ärzt*innen bis Ende des aktuellen Mandats von Premierminister Edi Rama im Jahr 2025 sogar um 100 Prozent. Neben Gehaltserhöhungen für Lehrkräfte sollen Stipendien in Höhe eines Mindesteinkommens Nachwuchslehrkräfte in ihrer Ausbildung unterstützen. Die Regierung hofft mit Anhebung der Gehälter im öffentlichen Sektor auch auf ein Nachziehen der Privatwirtschaft, deren Gehälter noch immer mehr als 20 Prozent unter denen liegen, die im öffentlichen Sektor gezahlt werden. Hohe Migrations- und rückläufige Geburtsraten üben derzeit starken

Druck auf den Arbeitsmarkt aus. Neben der allgemeinen Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung soll durch die Gehaltsanhebungen auch der hohen Abwanderung der dringend im Land benötigten Fachkräfte entgegengewirkt werden.

Diese Pläne der drastischen Gehaltsanhebungen sind nicht weniger als eine 180-Grad-Wende von der bisher dominanten Praxis, im globalen Wettbewerb auf einen komparativen Vorteil durch niedrige Löhne zu setzen. Diese Neuorientierung ist überfällig. So hatte das vorherrschende Modell nicht nur zu Ungleichheit geführt, sondern auch bei niedriger Produktivität und fehlenden Investitionen das Aufsteigen in eine höhere Wertschöpfungsstufe verhindert. Gleichzeitig erfolgt diese Kurskorrektur aber auch sehr abrupt und stellt einige Unternehmen vor Herausforderungen, die sie eventuell mit Preiserhöhungen beantworten werden.

Um der hohen Arbeitslosigkeit unter jungen Menschen entgegenzuwirken und ihnen eine berufliche Perspektive im Inland zu ermöglichen, hat die albanische Regierung überdies ein sechsmonatiges Beschäftigungsförderungsprogramm beschlossen. Dies richtet sich an junge Menschen zwischen 15 und 29 Jahren, die mehr als vier Monate ohne Beschäftigung oder Ausbildung waren und im Rahmen eines Ausbildungsprogramms an Unternehmen herangeführt und in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen. Im Gegenzug erhalten teilnehmende Unternehmen finanzielle Unterstützung bei der Aufnahme von Auszubildenden. Finanziert wird das Programm durch den nationalen Haushalt sowie durch EU-Fördermittel.

Überdies sprach der Regierungschef gegenüber Unternehmensvertreter*innen über Pläne, eine Art Tariftreue-Gesetz zu erlassen, welches öffentliche Auftragsvergaben nur an Unternehmen mit Tarifvertrag zulassen würde. Diese Idee wurde bisher nicht weiter konkretisiert, wäre jedoch eine bemerkenswerte Neujustierung der Politik, machte der Premier selbst noch vor einigen Jahren Witze über die Dysfunktionalität der albanischen Gewerkschaften als Argument für die Standortattraktivität des Landes.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Bis zum schweren Erdbeben 2019 und der Covid-19-Pandemie verfügte Albanien über ein konstant moderates Wachstum. Nach einem Einbruch im Jahr 2020 wuchs das BIP 2021 um 8,5 Prozent und pendelte sich 2022 nach Schätzungen bei Vorkrisenwerten zwischen 3 und 4 Prozent ein. Damit blieben die Wachstumsraten trotz der veränderten globalen Wirtschaftslage durch den russischen Angriff auf die Ukraine positiv, obwohl die vergleichsweise kleine und offene albanische Volkswirtschaft fest in die globalen Handelsketten integriert ist. Auswirkungen waren jedoch in der Preisentwicklung zu spüren. Die Inflation lag insgesamt bei 6,7 Prozent und bei Lebensmitteln bei 11,8 Prozent. Die Energiepreise wurden stark subventioniert und stiegen für die Konsument*innen von weniger als 800 kWh vergleichsweise wenig.

Mit 48,4 Prozent Anteil am BIP sind Dienstleistungen der größte Sektor, gefolgt von Industrie und Baugewerbe mit 20,01 Prozent und Landwirtschaft mit 19,26 Prozent. Wachstumsbranchen sind der Energie-, der Telekommunikations- und der Tourismussektor. Daneben wuchs auch die Bekleidungs- und Schuhindustrie. Letztere sowie insbesondere der Tourismus wurden stark von der Pandemie getroffen, haben sich 2021 jedoch bereits erholt. Mit dem Anziehen der wirtschaftlichen Aktivität liegen Tourismus und Industrie gemeinsam wieder bei ca. 27 Prozent des BIP, was fast dem Vorkrisenniveau entspricht.

Auch die Staatsverschuldung war zunächst leicht gesunken und lag 2019 bei 65,7 Prozent. 2020 stieg sie aufgrund der Erdbeben- und Pandemiefolgen auf 74,5 Prozent, blieb 2021 auf ähnlichem Niveau und sank 2022 wieder auf 67 Prozent.

Mit Ende des Kommunismus wurde der Markt unbegrenzt geöffnet und ein maximaler Rückzug des Staates auch von internationalen Gebern gefördert. Ergebnis war nicht nur eine offene Volkswirtschaft. Der ungezähmte Kapitalismus führte zu dem Verharren auf einer niedrigen Wertschöpfungsstufe, hoher Ungleichheit in Einkommen und vor allem in Vermögen und einer unzureichenden Bereitstellung öffentlicher Güter. Letzteres zeigt sich insbesondere in Hinblick auf die soziale Sicherung. Es gibt lediglich eine rudimentäre Zahlung bei Armut und Arbeitslosigkeit. Der Mindestlohn ist weiterhin niedrig, auch wenn er in den vergangenen Jahren sehr deutlich gestiegen ist und im kommenden Eurostat-Vergleich mit monatlich ca. 365 Euro (seit April 2023) vom letzten auf den vorletzten Platz steigen müsste. Der offizielle Durchschnittslohn formeller Lohnarbeit ist in den vergangenen Jahren gestiegen und lag im vierten Quartal 2022 bei ca. 600 Euro. Die Aussagekraft dieser Angabe ist jedoch beschränkt, denn es besteht trotz gezielter Bestrebungen zur Formalisierung weiterhin ein bedeutender informeller Sektor, der auf einen Anteil von über der Hälfte der Beschäftigten geschätzt wird. Zudem ist der Anteil der Selbstständigen und der Kleinstunternehmen der höchste in der Region.

Mit dem Versuch, komparative Vorteile über niedrige Löhne zu erhalten, korrelierten über viele Jahre eine fehlende Investitionsbereitschaft und wenig technologischer Fortschritt. Es gab kaum industriepolitische Ansätze, um die albanische Wirtschaft auf eine höhere Wertschöpfungsstufe zu heben. Neben relativ einfachen Fertigungsprozessen (z. B. im Textilsektor) wurde auch im wachsenden Dienstleistungssektor und in der traditionell wichtigen Landwirtschaft (36 Prozent aller Beschäftigten arbeiten hier) bisher wenig strategisch investiert, sodass insbesondere die technologischen Voraussetzungen im Vergleich noch immer schwach sind. Dienstleistungen im Bereich der kleinen und mittleren Unternehmen sind häufig auf kurzfristige Profite ausgelegt. Ein Zusammenhang zu den Unsicherheiten der Umbrüche in den letzten Jahrzehnten ist wahrscheinlich.

Inzwischen wird jedoch in einigen Bereichen versucht umzusteuern. So wurden in jüngerer Vergangenheit insbesondere die Bereiche Tourismus, Landwirtschaft und Digitalisierung vermehrt gefördert. Ein großes Problem ist jedoch der zuneh-

mende Mangel an Arbeitskräften. Dieser wird vor allem im Tourismus und im Bausektor durch Wanderarbeiter*innen aus Süd- und Südostasien ausgeglichen, die in einigen Fällen unter Missachtung von Arbeitsgesetzen und internationalen Standards arbeiten.

Die offizielle Arbeitslosenrate liegt bei 10,8 Prozent (Q4 2022), wobei ca. ein Fünftel der jungen Menschen zwischen 15 und 29 Jahren weder in Schule, Ausbildung noch Arbeit sind. Die albanische Bevölkerung ist vergleichsweise jung, wobei das Durchschnittsalter in den vergangenen Jahren angestiegen ist. Ein ähnlicher demografischer Wandel wie im Rest Europas ist also zeitversetzt zu erwarten. Die Migration junger Menschen, die zusätzlich durch Anwerbeprogramme aus Deutschland und anderen Ländern unterstützt wird, trägt damit nicht nur zu einer Abwanderung von Fachkräften, sondern auch zu einer Verschiebung der Altersgruppen in der Gesellschaft bei. Mehr als die Hälfte der 14- bis 29-Jährigen äußern den Wunsch, ins Ausland zu emigrieren, wo sie sich einen höheren Lebensstandard und bessere Beschäftigungsmöglichkeiten versprechen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die Sichtbarkeit der Gewerkschaften in der albanischen Öffentlichkeit ist gering. Dennoch wurden trotz des begrenzten gesellschaftlichen und politischen Einflusses in den vergangenen 12 Monaten einige Aktivitäten seitens der Gewerkschaften durchgeführt:

- Im Oktober 2022 starteten Hochschuldozent*innen einen von der Gewerkschaft der Beschäftigten im Bildungswesen organisierten Boykott des Unterrichts. Die Hauptforderung der Gewerkschaft war eine Gehaltserhöhung von 50 Prozent, wobei 30 Prozent sofort und die restlichen 20 Prozent im folgenden Jahr fällig werden sollten. Die Regierung kündigte eine Erhöhung der Gehälter der Dozent*innen um sieben Prozent an und sah eine Erhöhung durch die Universitäten von weiteren acht Prozent vor. Diesen Vorschlag lehnte die Gewerkschaft ab und die Pädagog*innen stellten weitere Forderungen an die Regierung. Neben der Gehaltserhöhung beinhalteten diese beispielsweise die Aufstockung der Mittel für die wissenschaftliche Forschung. Auf diese Forderungen ging die Regierung nicht ein, der Boykott wurde dennoch aufgegeben.
- Im April 2022 protestierten die Arbeiter*innen des Ferrochrome-Werks in Burrel und Elbasan für Lohnerhöhungen und einen echten Tarifvertrag. Der Protest blieb erfolglos.
- Die Gewerkschaft der Beschäftigten im Textilunternehmen »Toni Oil« in Bilisht organisierte im Jahr 2022 mehrere Proteste. Forderungen waren die Aufhebung einer Gehaltskürzung von ca. 85 Euro, die Auszahlung von Überstunden, Wochenendzulagen und allgemein bessere Arbeitsbedingungen. Zudem wurde aufgrund der Kündigung der Gewerkschaftsvorsitzenden gestreikt. Es kam Anfang 2023 zu Gesprächen zwischen der Gewerkschaft,

dem Arbeitsinspektorat und dem Eigentümer des Unternehmens. Folgende Gewerkschaftsforderungen wurden vom Arbeitgeber anerkannt: die Rückkehr der Gewerkschaftsvorsitzenden an ihren Arbeitsplatz, die Garantie der Organisationsfreiheit der Gewerkschaft, die Einhaltung des Mindestlohns als Lohnuntergrenze und eine Versicherung der nicht versicherten Arbeitnehmer*innen.

- Die Nationale Gewerkschaft der Operator*innen (SKOT) organisierte verschiedene Proteste in Unternehmen des Call-Center-Sektors, in denen es um die Auszahlung von Überstunden, Feiertagszulagen und die Zahlung der ausstehenden Kosten für Heimarbeit ging. Nach Gewerkschaftsaussage wurden die Forderungen mit Ausnahme der Home-Office-Kosten akzeptiert.

GEWERKSCHAFTEN IN ALBANIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern gibt es in Albanien keine historisch gewachsene Gewerkschaftsbewegung. In der Zeit der Diktatur (1944–1990) war die Gewerkschaft Teil der Einheit von Staat und Partei und damit lediglich eine Propagandaorganisation des Regimes. Einen sozialen Dialog gab es weder am Arbeitsplatz noch auf Sektor- oder nationaler Ebene. Nach dem Zusammenbruch des Regimes und mit der Einführung der Marktwirtschaft war der Staat nicht länger die einzige Kraft zur Organisation der Gesellschaft und auch nicht mehr der einzige Arbeitgeber. Gewerkschaften und Verbände gründeten sich und gruppierten sich unter der Führung von zwei Konföderationen, die wenige Monate nach dem Zusammenbruch des Regimes entstanden waren und bis heute bestehen. Es sind die Konföderation der Gewerkschaften Albaniens (KSSH) und die Union der Unabhängigen Gewerkschaften Albaniens (BSPSH). KSSH wurde am 5.6.1991 gegründet und ist aus der kommunistischen Staatsgewerkschaft hervorgegangen. BSPSH wurde in politischer Opposition zum kommunistischen Regime am 11.3.1991 gegründet. Sie war eine der ersten demokratischen Organisationen des Landes und spielte Anfang der 1990er Jahre eine wichtige Rolle bei der Überwindung des Kommunismus. Die Trennung dieser Dachverbände, auch entlang parteipolitischer Zugehörigkeiten, war von Beginn an angelegt und existiert bis heute.

Seit dem Fall des Kommunismus haben sich in Albanien mehr als 80 aktive Gewerkschaften gegründet. Ein Großteil von ihnen ist Mitglied der beiden Dachverbände. Daneben gibt es einige von KSSH und BSPSH unabhängige Gewerkschaften, die teils Abspaltungen einer Dachverbandsgewerkschaft sind.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Es gibt keine verlässlichen Zahlen zum Organisationsgrad in Albanien. Es ist davon auszugehen, dass dieser im öffentlichen Sektor vergleichsweise hoch ist und bei über 60 Prozent liegt. Im Privatsektor ist dieser hingegen gering, in der priva-

Tabelle 1

Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Albanien

Dachverband	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Konfederata e Sindikatave të Shqipërisë, KSSH (Konföderation der Gewerkschaften Albaniens)	Kol Nikollaj	100 000	IGB, PERC
Bashkimit të Sindikatave të Pavarura të Shqipërisë, BSPSH (Bund der Unabhängigen Gewerkschaften Albaniens)	Gezim Kalaja	84 000	IGB, PERC

Tabelle 2

Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Albanien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Sindikatës së Pavarur të Arsimit të Shqipërisë, SPASH (Unabhängige Gewerkschaft für Bildung Albaniens)	BSPSH	Nevruz Kaptelli	11 000	ETUCE, EI
Federatës së Sindikatave të Punonjësve të Industrisë së Shqipërisë, FSPISH (Gewerkschaftsföderation der Industriearbeiter*innen)	KSSH	Taf Koleci	10 000	IndustriALL, Industrie Europe, PSI, EPSU
Federatës së Sindikatave të Shëndetësisë së Shqipërisë, FSPSHSH (Föderation der Gesundheitsgewerkschaften Albaniens)	KSSH	Petrit Frangu	35 000	–
Sindikatës së Punonjësve të Postë-Telekomit Shqiptar, SPPTSH (Albanische Gewerkschaft der Post- und Telekommunikationsangestellten)	–	Renato Mucaj	800	UNI Europa, UNI Global
Sindikata e Re e Naftëtarëve Shqiptarë, SRNSH (Neue Gewerkschaft Albanischer Ölarbeiter*innen)	–	Kostandin Kina	1 500	–

ten Landwirtschaft gibt es kaum Gewerkschaftsmitglieder. Entsprechend werden im öffentlichen Sektor die meisten Tarifverträge abgeschlossen. Die Gewerkschaften im privaten Sektor sind wesentlich schwächer. Beispielhaft ist der Textilssektor, der sich in den vergangenen Jahren stark entwickelt hat. Hier gibt es de facto nur sehr eingeschränkt unabhängige Gewerkschaftsarbeit und Beschäftigte sind sich der Existenz der Gewerkschaft größtenteils nicht bewusst. Entsprechend sind die Arbeitsbedingungen in der Textilbranche weiterhin schlecht und die Löhne niedrig.

Die beiden großen Konföderationen KSSH und BSPSH vertreten ca. 90 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder in Albanien. Sie sind in allen zwölf Regionen des Landes vertreten und agieren hauptsächlich in folgenden Sektoren: Bildung und Wissenschaft, Verwaltung, Metallurgie und Telekommunikation. Beide Dachverbände geben an, dass sie sowohl im öffentlichen Sektor als auch in privaten Unternehmen an Mitgliedern wachsen.

Der aktuelle KSSH-Vorsitzende, Kol Nikollaj, übt sein viertes Mandat aus. Er wurde auf dem sechsten Kongress der KSSH am 9.11.2019 in geheimer Abstimmung wiedergewählt. Er

war der einzige Kandidat und sein Mandat gilt für fünf Jahre bis zum nächsten Kongress. KSSH vereint zehn Einzelgewerkschaften (hier: Föderationen) unter ihrem Dach. Elf Föderationen sind Teil von BSPSH. Am 18.9.2020 fand ihr siebter Kongress statt. Die Wahl des Präsidenten wurde wie zuvor per öffentlicher Abstimmung bei nur einem Kandidaten durchgeführt. Gezim Kalaja wurde zum vierten Mal wiedergewählt (Mandatsdauer ebenfalls fünf Jahre bis zum nächsten Kongress).

In beiden Dachverbänden ist die innergewerkschaftliche Mitbestimmung sehr eingeschränkt und es ist in der aktuellen Konstellation kein Wandel in den Organisationen und ihren Arbeitsweisen zu erwarten. Allerdings gab es in den vergangenen Jahren verschiedene Neugründungen und Erneuerungsprozesse in bestehenden Branchengewerkschaften, die für eine andere Art der Gewerkschaftsarbeit stehen. Diese Gewerkschaften versuchen, Mitglieder stärker einzubeziehen und substantiellere Tarifverträge auszuhandeln. Diese Initiativen sind jedoch noch schwach und angesichts des schlechten Images der Gewerkschaften in Albanien sowie der erschwerten Arbeitsbedingungen bleibt Wandel eine große Herausforderung.

Insgesamt kommt es kaum zu Zusammenarbeit unter den Gewerkschaften, was auch und insbesondere für jüngere Gewerkschaften gilt. Die Fragmentierung und Konflikte in der Bewegung sind grundlegende Probleme, welche ihre Stärke enorm begrenzt.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Nach dem albanischen Arbeitsgesetz können Gewerkschaften ab einer Beteiligung von mindestens 20 Arbeitnehmer*innen gegründet werden. Sie müssen zur Unterzeichnung des Gründungsgesetzes und der Satzung vor einem Notar erscheinen und sich anschließend beim Bezirksgericht Tirana registrieren lassen. Erst dann gelten Gewerkschaften als legal und dürfen ihre Tätigkeiten aufnehmen.

46 ILO-Konventionen und Protokolle sind in Albanien in Kraft, darunter alle ILO-Kernarbeitsnormen. Zuletzt wurde das »Übereinkommen über die Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt« aus dem Mai 2022 ratifiziert.

De facto ist unabhängige Gewerkschaftsarbeit jedoch nicht in allen Wirtschaftsbereichen möglich. Unternehmen üben teils Druck auf die Beschäftigten aus, um sie von Gewerkschaftsmitgliedschaften und insbesondere von aktiver Gewerkschaftsarbeit abzuhalten. Aufgrund des auf Niedriglöhnen basierenden Wirtschaftsmodells werden Gewerkschaftsaktivitäten als kontraproduktiv und standortschädigend angesehen. Entsprechend erschwert ist die genuine Vertretung von Arbeitnehmer*inneninteressen. Dass Gewerkschaften zudem ein schlechtes Image in weiten Teilen der Gesellschaft haben, ist eine zusätzliche Hürde.

Der größte Teil der Gewerkschaftseinnahmen kommt aus dem Gewerkschaftsvermögen. Dieses Vermögen stammt von der kommunistischen Staatsgewerkschaft und wurde nach dem Sturz des Regimes aufgeteilt und den neuen Gewerkschaften für 30 Jahre überlassen. Je 45 Prozent des Vermögens können die beiden großen Dachverbände KSSH und BSPSH nutzen, 5 Prozent die Bergbaugewerkschaft und 5 Prozent sind auf andere Gewerkschaften verteilt. Es handelt sich dabei vor allem um Immobilien wie beispielsweise Erholungsheime, Kulturräumlichkeiten und Spielsäle. Dieses Vermögen trägt wesentlich dazu bei, dass die Konföderationen nur wenig aktiv sind, Mitgliedsbeiträge verbindlich festzulegen und einzutreiben. Auch eine professionelle Mitgliederwerbung findet kaum statt. Zwar sollten die Nutzungsrechte im Jahr 2020 auslaufen, doch die Regierung hat dies nicht eingefordert und die Immobilien werden weiter genutzt. Die Aberkennung der Nutzungsrechte hätte dramatische Auswirkungen auf die Dachverbände und würde einen Strategiewechsel notwendig machen.

Nach den Parlamentswahlen im Juni 2017 hat der wiedergewählte Premierminister Edi Rama das Ministerium für Wohlfahrt und Soziales (Arbeitsministerium) aufgelöst und auch zur neuen Legislatur 2021 nicht erneut geschaffen. Die Befugnisse dieses Ministeriums wurden zwischen dem Ministerium für Wirtschaft und Finanzen und dem Ministerium für

Gesundheit und Soziale Sicherheit aufgeteilt. Bemerkenswert ist, dass viele Direktorate des ehemaligen Arbeitsministeriums nicht mehr funktionsfähig sind, z. B. das Direktorat für Arbeitsbeziehungen, welches sich mit Schlüsselthemen wie Tarifverhandlungen, Mediation, Schiedsverfahren und anderen arbeitsrelevanten Themen befasst hatte.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Der Großteil der Tarifverhandlungen findet auf Unternehmensebene statt, darüber hinaus bestehen Branchentarifverträge auf nationaler oder regionaler Ebene. Es verhandeln Arbeitgeber mit der im Betrieb oder der Branche vertretenen Gewerkschaft. In Ausnahmen verhandeln mehrere Gewerkschaften gemeinsam, wie beispielsweise im Bildungsbereich. Die Vereinbarungen regeln eine Lohnuntergrenze, Abfindungen, Überstunden, Vertragslaufzeiten sowie die Freiheit von gewerkschaftlichen Aktivitäten. Tarifverhandlungen auf Branchenebene beziehen in der Regel alle relevanten Unternehmen ein. Der Grad der Tarifbindung ist im öffentlichen Sektor im Vergleich zu dem privaten Sektor hoch, es fehlen jedoch genauere Angaben zur Tarifabdeckung.

Fast zwei Jahre nach Ablauf des vorangegangenen Mandats wurde der Nationale Arbeitsrat (NAR) neugebildet und hielt seine erste Sitzung im Jahr 2022 unter der Leitung der Ministerin für Finanzen und Wirtschaft, Delina Ibrahimaj, ab. Dem Rat gehören auf Arbeitnehmerseite weiterhin die gleichen Gewerkschaften wie in vorigen Jahren an. Neue, unabhängige Gewerkschaften sind nicht vertreten. Der NAR ist das höchste Gremium des tripartiten Sozialdialogs, hat aber sehr begrenzten Einfluss. Bereits in der Vergangenheit wurde der NAR oft für längere Phasen nicht zusammengerufen. Der Rat ist rein konsultativ und soll Empfehlungen an den Ministerrat und die entsprechenden Ministerien abgeben. Er besteht aus 27 Mitgliedern und 27 Vertreter*innen. Die Arbeitgeber und Arbeitnehmer*innenvertretungen sind mit jeweils zehn Mitgliedern und die Regierung mit sieben Mitgliedern vertreten.

Die Hauptanliegen der Gewerkschaften in den letzten Jahren sind die Folgenden:

- Kampf gegen Informalität,
- Erhöhung des Mindestlohns,
- Sicherheits- und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (insbesondere im Bergbau),
- Die Ausweitung der Gewerkschaften im Privatsektor, insbesondere in der Call-Center- und in der Textilbranche.

Im Privatsektor wurden Aufklärungskampagnen zur Einrichtung von Gesundheits- und Arbeitsschutzräten durchgeführt. Des Weiteren gibt es eine Initiative, um ein Gesetz zur Einrichtung von Betriebsräten auszuarbeiten. Das derzeit geltende Gesetz regelt die Aufgaben und Funktionen von Betriebsräten nicht.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Dass der Premierminister mit ironischem Unterton mehrfach die Attraktivität des Investitionsstandorts Albanien mit dem Fehlen effektiver Gewerkschaften belegte, beschreibt die schwache Bedeutung, die ihnen bisher beigemessen wird. Ebenso charakterisiert es das noch vorherrschende Wirtschaftsmodell, welches mangels technologischer Wettbewerbsfähigkeit weiterhin auf einen komparativen Vorteil durch niedrige Lohnkosten setzt. Insgesamt ist also der Einfluss der Gewerkschaften beschränkt, was sich nicht nur am geringen Lohn, sondern auch an den schlechten Arbeitsbedingungen in einigen Branchen und im fehlenden Einfluss auf die Gesetzgebung zeigt. Es bleibt abzuwarten, ob es tatsächlich zu einem politischen Wandel in der Beschäftigungspolitik kommt und die Abkehr von Niedriglöhnen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen Realität wird. Dieser mögliche Wandel wurde jedoch ohne Wirken der Gewerkschaften, sondern eigenständig von der Regierung als Maßnahme gegen den Abwanderungsdruck angekündigt.

Das begrenzte gesellschaftspolitische Gewicht der Gewerkschaften korreliert mit einem Image in der Bevölkerung, das von einer wahrgenommenen eingeschränkten Repräsentativität und fehlender interner Demokratie, von parteipolitischen Verbindungen und Abhängigkeiten sowie von Intransparenz bezüglich des Gewerkschaftsvermögens geprägt ist. Laut einer Studie über die öffentliche Wahrnehmung von Gewerkschaften in Albanien aus dem Jahr 2018 sind sowohl Gewerkschaftsmitglieder als auch Nichtmitglieder der Meinung, dass sich politische Eingriffe negativ auf die Aktivitäten der Gewerkschaften auswirken. Darüber hinaus sind beide Gruppen der Ansicht, dass Gewerkschaften kaum Einfluss auf die nationale Beschäftigungspolitik haben. Die politischen Parteien haben wiederholt um die Unterstützung der Konföderationen in Bezug auf Reformen und Kampagnen gebeten, aber wenig Interesse an einer Befähigung und Stärkung der Gewerkschaften für einen effektiven sozialen Dialog gezeigt.

Alternative Formen der Arbeitnehmer*innenvertretung wurden in den letzten Jahren vermehrt genutzt. So versuchten zivilgesellschaftliche Organisationen, die Rechte von Arbeitnehmer*innen im Privatsektor zu schützen. Dies geschah bisher vor allem im Bergbau, im Textilsektor und im Call-Center-Bereich. Die Aktivitäten konzentrierten sich auf Aufklärungsarbeit und auf die Unterstützung von Gewerkschaftsgründungen, was jedoch nur begrenzt erfolgreich verlief. Teils wurden Gewerkschaftsaufgaben wie die Kommunikationsarbeit übernommen und durch eigene Inhalte ergänzt. Hier bleiben Fragen, ob *Ownership* der Gewerkschaftsmitglieder in allen Fällen gegeben ist.

Stine Klapper, Leiterin des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana

Genci Lamllari, Programmkoordinator für Gewerkschaften in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Tirana

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Globale und Europäische Politik | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:

Dr. Marc Meinardus

Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika

marc.meinardus@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.